

Flucht mit Perspektive

Die Welt ist im Umbruch, die Welt ist in Aufruhr und neues Denken ist notwendig!

In diesem Jahrhundert sind Menschenströme in einem Ausmaß sowohl innerhalb als auch zwischen Ländern und Kontinenten unterwegs, wie es in der Geschichte bislang nicht vorgekommen ist. Neben Land-Stadt-Binnenwanderungen sehen sich immer mehr Menschen gezwungen, aus wirtschaftlicher Not, wegen Vertreibung durch Landraub, klimatischen Veränderungen und Folgen von kriegerischen Auseinandersetzungen ihr Land und ihren Kontinent zu verlassen. Die größte Migrationsbewegung in der Geschichte der Menschheit, von der nahezu ein Drittel der Weltbevölkerung betroffen ist oder sein wird, wird auch unsere konkreten Lebensverhältnisse dauerhaft stark verändern (Doug Saunders, Arrival City, 2010). Es ist davon auszugehen, dass uns diese politisch und sozial noch nicht bewältigten Flüchtlingsströme noch jahrelang begleiten werden.

Vor vier Wochen hat der niedersächsische Ministerpräsident Weil angesichts der gestiegenen Flüchtlingszahlen von einer ‚Notsituation‘ gesprochen. Diese Haltung ist nachgerade mutlos zu nennen und stellt keine Basis dar, die anstehenden Herausforderungen zu bewältigen. Wir haben in dieser historischen Umbruchsituation, deren Veränderungsdynamiken wir noch gar nicht absehen können, die Alternative, uns als Opfer oder als Macher zu positionieren.

Notwendig ist m. E. eine Haltung, die die Chancen offensiv nutzt und entwickelt. Es ist an der Zeit, ein neues gesellschaftliches Zukunftsprojekt in die Hand zu nehmen.

Hamburg ist eine Großstadt, Berlin eine Weltstadt. Hamburg kann in dieser Situation zu einer internationalen Weltstadt werden, wenn es gelingt, Wohnen, Sprache und Bildung, Ausbildung, Qualifizierung, Beschäftigung, Kultur und nachbarschaftliche Integration für Flüchtlinge und lokale Bewohner neu zu organisieren. „Das satte, träge, gelangweilte Land hat eine Aufgabe, an der es wachsen muss, zusammenstehen und sich von Grund auf verändern.“ (Hans-Ulrich Jörges, STERN 10.9.2015)

Um diese Chance zu nutzen, müssen die gesellschaftlichen Akteure in Hamburg anders zusammenarbeiten als dies in den vergangenen Jahren geschehen ist. Denn in den vergangenen Jahren ist das lange bestehende RISE-Programm immer stiefmütterlicher behandelt worden. Statt kraftvoll die ursprünglichen Programmziele anzupacken, Erfahrungen zu sammeln, die Abläufe zu vereinfachen und zu verschlanken, ist es einer heftigen finanziellen und konzeptionellen Diätkur unterzogen und abschließend in die Besenkammer abgeschoben worden.

Noch 2012 hatte die damalige Stadtentwicklungssenatorin Jutta Blankau zur sog. ‚Weiterentwicklung des Rahmenprogramms Integrierte Stadtteilentwicklung‘ vermerkt:

„Die gesamtstädtischen Leitziele des Rahmenprogramms Integrierte Stadtteilentwicklung sind:

- Verbesserung der Lebensbedingungen durch soziale und materielle Stabilisierung des Fördergebiets;
- Verbesserung der Entwicklungsperspektiven für die Menschen in den Bereichen Bildung, Beschäftigung, Wirtschaft und Integration;
- Stärkung der Mitwirkungsmöglichkeiten und der Eigenaktivität der Bürger/innen;
- Abbau bzw. Beseitigung städtebaulicher Defizite wie Funktions- und Substanzschwächen bei der technischen und sozialen Infrastruktur, den privaten Gebäudenutzungen und im öffentlichen Raum.

Für die Stadtteilentwicklung in den Fördergebieten mit ihren spezifischen Problemen ist ein integriertes und abgestimmtes Vorgehen erforderlich. Die Fachpolitiken, die zur Erreichung obiger Zielsetzungen beitragen können, müssen auf diese Quartiere ausgerichtet und mit den Zielen der

Quartiersentwicklung koordiniert werden.... Mit dem integrierten Ansatz soll eine verbindliche fachressortübergreifende Kooperation und Konzeption in den Fördergebieten erreicht werden. Insbesondere sollen solche Maßnahmen gefördert werden, durch die sich tragfähige Akteurspartnerschaften und -netzwerke bilden können.“ (Hamburg 2012, S. 2)

„Zu den o.g. Fachpolitiken, die u.a. sozialräumlich auszurichten sind, gehören insbesondere:

- Wohnen, lokaler Wohnungsmarkt und Wohnungswirtschaft
- Wohnumfeld und öffentlicher Raum
- Arbeitsmarktpolitik
- Bildungs- und Berufsbildungspolitik
- Familienförderung
- Soziales, Seniorenarbeit, Inklusion / Behindertengleichstellung
- Integration von Migrantinnen und Migranten
- Förderung der lokalen Ökonomie und Entwicklung der Stadt- und Ortsteilzentren
- Kultur im Stadtteil
- Gesundheitsförderung
- Umweltpolitik
- Verkehrsentwicklung
- Sicherheit, Kriminal- und Gewaltprävention, Jugendgewaltprävention
- Sport und Freizeit, Sportentwicklungsplanung.“ (Hamburg 2012, S. 3)

Eigentlich eine gute Basis für eine zukunftsorientierte Handlungsstrategie – allein, sie wird faktisch nicht umgesetzt und es ist noch nicht erkennbar, dass dieser Ansatz angesichts der neuen Herausforderungen als Chance für ein zukunftsweisendes Entwicklungskonzept von Politik und Verwaltung genutzt wird.

Wilhelmsburg war lange Jahre als besonderes Fördergebiet ausgewiesen, d.h. die verschiedenen, zahlreichen Förderprogramme der Städtebauförderung und der Sozialen Stadtteilentwicklung konnten hier zum Einsatz kommen. Inzwischen ist es absehbar, dass Ende 2016 kein einziges Teilgebiet der Elbinseln mehr als Sanierungsgebiet ausgewiesen sein wird. Die jahrelang auf den Elbinseln angesiedelten Förderprogramme und die 1 Mrd. € an privaten und öffentlichen Investitionen im Kontext von IBA und igs hatten zudem nur eine begrenzte Auswirkung auf die Verbesserung der Sozialstruktur. Ein neues Denken ist erforderlich!

Zur Erinnerung: 2005 hat die Bertelsmann-Stiftung eine Studie zu den gesellschaftlichen Kosten unzureichender Integration von ZuwanderInnen erstellt und ist auf ein Volumen von über 12 Mrd. € für die Bundesrepublik gekommen. Genutzt wurden diese Erkenntnisse nur begrenzt.

1. Schneller bauen – schöner wohnen

Es ist mehr als offensichtlich, dass die Wohnungsfrage schneller angepackt werden muss als dies vor ein paar Monaten noch vorstellbar war, um die längerfristige Unterbringung der Flüchtlinge in Zelten zu verhindern und zu mindern. Gefragt sind nun neue und wirkungsvolle Ansätze: Einer wäre, kostengünstiger zu bauen. In Berlin hat die kommunale Wohnungsbaugesellschaft Degewo kürzlich ein Vorhaben vorgestellt, das durch gezielte Einsparungen und erhöhte Flächeneffizienz eine Senkung der Berliner Bruttobaukosten von 1700 € auf 1400 € ermöglicht.

Der Fertighaushersteller Schwörer hat im Kontext der IBA Hamburg ein neues Modulsystem für mehrgeschossige Wohnbauten entwickelt, das keine hübsche Eintagspräsentation geblieben ist, sondern bereits mehrfach an anderen Standorten reproduziert wurde. Schwörer hat kürzlich erklärt, dass dieses System nicht billiger ist als konventionelles Bauen, aber viel zügiger zu realisieren ist. Dann macht es doch Sinn, an Standorten wie der Sanitasstraße nicht eine teure fünfjährige Zwischenunterbringung, sondern gleich ein dauerhaftes Wohngebäude zu erstellen.

2. Problemverschärfung leicht gemacht

Es wurde schon mehrfach vorgetragen: Zwei Drittel der Arbeitslosen auf den Elbinseln verfügen nicht über eine Berufsausbildung. In der Altersgruppe der 25 - 35jährigen SGB II-Empfänger sind es sogar 75%, das sind 1.125 von 1.500 aus dieser Altersgruppe. Das sind diejenigen, die eigentlich noch 25 - 25 Jahre berufstätig sein sollen.

In dieser Situation formuliert der Hamburger Finanzsenator bei der Ankündigung des Haushaltsnachtrags für die Versorgung und Unterstützung der Flüchtlinge in Höhe von 569 Mio. Euro für die Haushaltsjahre 2015 und 2016, dass die Finanzierung aus Einsparungen und Umschichtungen im Haushalt möglich sei. „Auch Mittel aus der Arbeitsmarktpolitik wurden laut Tschentscher wegen der guten Konjunktur nicht gebraucht.“ (MoPo vom 27. August 2015)

Einerseits klagen die Unternehmen und Betriebe auch auf den Elbinseln über den wachsenden Fachkräftemangel, andererseits stehen dem JobCenter Wilhelmsburg für die 1.125 jungen Menschen auf den Elbinseln in der Altersgruppe von 25 – 35 Jahren im Sozialhilfebezug pro Jahr nur 30 Bildungsgutscheine für Umschulungen zur Verfügung. In vierzig Jahren haben dann alle einen Berufsabschluss und gehen nahtlos in die Rente über. Im Jahr 2014 hat die Bundesagentur für Arbeit einen Überschuss von 1,5 Mrd. Euro erwirtschaftet – wo geht der hin? Zudem hat die BASFI den Bezirken die erst vor drei Jahren eingerichteten Stellen für die Koordination der Arbeitsmarktpolitik auf Bezirksebene ohne öffentlichen Diskurs gestrichen.

Bescheuerter kann man eine Gesellschaft nicht organisieren.

Ich erwarte von den Verantwortlichen, dass sie sinnvoll mit meinen Steuern und Sozialabgaben umgehen. Das heißt, dass sie bekannte, wirkungsvolle Ansätze realisieren und die verschiedenen Bedarfsgruppen nicht gegeneinander ausspielen und damit die Probleme noch verschärfen.

Es schreit doch im Gegenteil geradezu danach, nun initiativ zu werden und die Flüchtlinge auf den Elbinseln mit den o.g. jungen Menschen gemeinsam auszubilden.

Im November letzten Jahres hat die Runde der Schulleitungen der Elbinseln sämtliche Fachbehörden und zuständigen Institutionen zu einem Gespräch eingeladen, um die Frage der angemessenen Unterbringung von schulpflichtigen Flüchtlingskindern auf den Elbinseln zu erörtern und auf die bereits bestehende Raumknappheit hinzuweisen. Seitdem hat die für die Schulen federführende Bildungsbehörde in dieser Frage nicht mehr gemeinsam darüber mit den Schulleitungen beraten, obwohl die Zahl der Flüchtlinge auf den Elbinseln erheblich gestiegen ist und absehbar ist, dass in den nächsten Jahren weitere Flüchtlinge auch auf die Elbinseln zuwandern werden.

Bislang war es immer ein Ziel der Schulleiter der Elbinseln, allen Kindern schulische Bildungsangebote auf den Elbinseln anzubieten. Dies ist beim wachsenden Raumbedarf durch erwartete Zuzüge und zu erwartende Flüchtlingskinder nicht mehr gegeben. Schon jetzt gibt es nicht genügend Räume für die Flüchtlingskinder auf den Elbinseln (z.B. werden bereits Vorbereitungsklassen im MEDIA DOCK untergebracht).

Angemessen wäre eine intensive Kommunikation darüber, inwieweit zeitnah an den bestehenden Schulstandorten bauliche Erweiterungen vorgenommen werden müssen. Einen Hinweis auf diese Möglichkeit gab es bereits im Rahmenkonzept „Hamburgs Sprung über die Elbe – Zukunftsbild 2013+“ vom September 2014, doch nichts ist geschehen.

3. Eine starke Bewegung: Aber keine Ehrenamtlichkeit ohne Hauptamtlichkeit

Es geht ja auch anders: Unerwartet viele Menschen haben sich in den letzten Monaten in kaum zu beschreibendem Umfang bei der ehrenamtlichen Hilfe und der unglaublichen Unterstützung und Begleitung von Flüchtlingen engagiert – und es werden immer noch mehr. Wilhelmsburg ist ein Stadtteil, in der sich eine Willkommenskultur entwickelt hat und der bereits eine große Integrationsleistung vollbringt.

Damit haben sie sich, wie Carolin Emcke schreibt, viele Menschen „jenem verstümmelten Begriff des Politischen widersetzt, der Macht allein in staatlichen Institutionen verortet. Diese beeindruckende Bewegung aus zivilem Engagement ist keineswegs nur privat. Sondern sie ist in ihrer Selbstermächtigung auch politischer als manche Regierung, die ihre angebliche Ohnmacht in der Flüchtlingskrise nur vortäuscht.“ (Süddeutschen Zeitung vom 5./6. September 2015)

Mutlosigkeit und neue, durchaus große Anforderungen in der gegenwärtigen Situation und in den kommenden zehn Jahren, in denen weiterhin eine große Zahl von Flüchtlingen einreisen wird, sind also kein Argument, es bei den herkömmlichen Handlungsweisen von Politik und Verwaltung bestehen zu lassen, wie sie seit Jahren leidlich bekannt sind.

Wir müssen uns die Dimension des Neuen vor Augen führen, dass es in absehbarer Zeit in Frankfurt, Stuttgart und Augsburg keine traditionelle ‚weiße‘ Mehrheitsgesellschaft mehr geben wird und damit keine klassische Mehrheitsgesellschaft wie wir sie seit jeher kennen. In Hamburg wird diese neue Phase voraussichtlich im Jahr 2030 erreicht sein. Und bis dahin müssen wir lernen, dass die Zusammensetzung unserer Gesellschaft sich erheblich verändern wird.

Soll z.B. die Integration der Flüchtlinge auf den Elbinseln eine neue Qualität erreichen, die über die Interessen geleitete zügige Integration hochqualifizierter Menschen zur Deckung des lokalen Fachkräftemangels hinausgeht, sind integrierte Ansätze der sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Integration zu entwickeln und umzusetzen. Flüchtlinge sind zukünftig als handlungsfähige Individuen zu sehen, mit vielfältigen Kompetenzen, Lebens- und Berufserfahrungen. Gleichzeitig gilt es, zeitnah gemeinsame Angebote für lokale BewohnerInnen, Flüchtlinge und für die zahlreichen osteuropäischen Arbeitsmigranten in Wilhelmsburg zu schaffen, die allen zugutekommen.

Dies hätte anfangen können beim Bau der Unterkunft in der Sanitasstraße. Bei der Errichtung der Wohnanlage, so war dem Architekten von fördern & wohnen und der im Sommer 2014 zuständigen Mitarbeiterin der BASFI vorgeschlagen worden, sollte die ARGE Public Gardening (vergabe-rechtlich problemlos) beauftragt werden, sowohl die Außenanlagen zu erstellen als auch in Zusammenarbeit mit den Flüchtlingen z. B. Hochbeete für den eigenen Gemüseanbau zu errichten.

Dies hätte problemlos dadurch geschehen können, dass die Beauftragung eines Hauptauftragnehmers in der Ausschreibung damit verbunden worden wäre, geeignete soziale Betriebe mit einem Nachunternehmerauftrag zu beteiligen.

(Die ARGE Public Gardening, bestehend aus den Partnern alraune gGmbH, alsterarbeit gGmbH, autonome jugendwerkstätten e.V. und Elbe Werkstätten GmbH hat sich 2013 zusammen geschlossen, um im Zuge der langfristig angelegten Reinigungs-, Pflege- und Erhaltungsmaßnahmen des Wilhelmsburger Inselparks gemeinsam und als einzelne Anbieter Aufträge durch das Bezirksamt Hamburg-Mitte zu übernehmen. Dabei sollen auch neue Ansätze entwickelt werden, um qualitätvolle Pflege und lokale Beschäftigung, Ausbildung und Qualifizierung auf öffentlichen Flä-

chen miteinander zu verbinden (Qualifizierungsbausteine, Nutzung von Arbeitsmarktinstrumenten, Drittmittel.)

Die Beauftragung der ARGE Public Gardening könnte sowohl die unmittelbaren Lebensbedingungen der Flüchtlinge durch die Schaffung angenehmer Aufenthaltsqualitäten verbessern als auch durch die konkrete Bereitstellung von Ausbildungs-, Qualifizierungs- und Arbeitsplätzen auch erste wirkungsvolle Schritte für eine berufliche Integration (auch für lokale Bewohner und Wanderarbeiter) hätte ebnet werden können - nach wie vor werden im Garten- und Landschaftsbau in Hamburg Arbeitskräfte aller Qualifikationsebenen gesucht.

Dieser Vorschlag wurde nicht umgesetzt und es hat – wie befürchtet – keine weitere Kommunikation dazu stattgefunden.

Mit dieser Haltung und diesen althergebrachten Kommunikationsformen, leicht realisierbare Synergieeffekte nicht zu nutzen, werden die zukünftigen Anforderungen nicht zu bewältigen sein. Stattdessen wäre es ein Schritt in die Zukunft, mit ideenreichen und innovativen Ausbildungs-, Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen Flüchtlinge und Menschen ohne Berufsabschluss beim Bau der eigenen, neuen Wohnungen einzusetzen.

Denn: „Allein mit gutem Willen und Willkommenskultur werden wir den Menschen nicht gerecht, so lebenswichtig beides jetzt erscheint. Es braucht eine Willkommensstruktur...“ (Wolfgang Gern, Frankfurter Rundschau 5. September 2015)

Auf Dauer ist das überaus aufreibende Engagement der unzähligen ehrenamtlichen Kräfte bei noch zunehmenden Flüchtlingszahlen nicht aufrecht zu halten; Überlastung und Überforderung sind absehbar auch deshalb, weil die Begleitung, Organisations- und Kommunikationsunterstützung durch professionelle Kräfte noch nicht ausreichend eingerichtet werden konnte. Dies muss zügig sichergestellt werden auf der konzeptionellen Basis, die da lautet „Keine Ehrenamtlichkeit ohne Hauptamtlichkeit“. Dies ist wirklich nicht einfach. Allein fördern & wohnen benötigt allein bis zum Jahresende über 200 Mitarbeiter im Sozialbereich in einer Situation, in der der Hamburger Arbeitsmarkt leergefegt ist. Aber 25 Stunden für die bei der BI Elbinseln gGmbH angesiedelte Koordinatorin reichen für die anstehenden Aufgaben nicht aus; auch nicht, wenn der Bezirk Hamburg-Mitte für diese Arbeit noch weitere Ressourcen über die sog. Mehrbedarfsdrucksache zugewiesen bekommt.

Was kann in dieser Situation bei der Bewältigung der anstehenden Aufgaben helfen? Es ist m.E. sinnvoll, eine im zweimonatlichen Rhythmus kontinuierlich tagende ‚Planungsgruppe Migration und Zusammenleben‘ einzurichten, um neue Ansätze und Lösungen zu entwickeln, vorzustellen und abzustimmen. Dies soll unter der Fragestellung ‚Wie wollen wir die Zukunft in Wilhelmsburg gestalten, was müssen wir dafür gemeinsam tun?‘ geschehen. Als Mitglieder sollten Vertreter der Fachbehörden, des Bezirks, der Freien Träger, der Bildungseinrichtungen, Jugendhilfeeinrichtungen, Qualifizierungsträger, Ehrenamtlichen, städtischen Institutionen und öffentlichen Unternehmen beteiligt sein. Und dabei muss durch die Überwindung der bisher gepflegten Zuständigkeitsgrenzen mehr herauskommen als bei den folgenlosen Gesprächen über den Perspektivenprozess.

Gottfried Eich 19.9.2015